

Anwesend:

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Carsten Feist

Mitglied SPD-Fraktion

Ratsmitglied Manuel Baruschke

Ratsmitglied Volker Block (anwesend bis einschl. TOP 13)

Ratsmitglied Norbert Peter Brandt (anwesend bis einschl. TOP 13)

Ratsmitglied Marvin Hager

Beigeordnete Christina Heide

Ratsmitglied Susanne Kempcke

Bürgermeisterin Gesche Marxfeld

Ratsmitglied Uwe Reese

Beigeordneter Detlef Schön

Ratsmitglied Gabriele Schröder

Ratsmitglied Kristian Stoermer

Mitglied CDU-Fraktion

Ratsmitglied Heidi Bosse

Ratsmitglied Martin Ehlers

Beigeordneter Uwe Heinemann

Ratsmitglied Anja Mandt

Ratsmitglied Sven Schoolmann

Beigeordneter Jens Stoffers

Ratsmitglied Thomas Suberg

Ratsmitglied Olaf Werner (anwesend bis einschl. TOP 9.5.3)

Bürgermeisterin Astrid Zaage

Mitglied Gruppe "GRÜNE und GfW"

Beigeordneter Martin Burkhart

Ratsmitglied Antje Johanna Kloster

Ratsmitglied Miguel Schaar/Br. Franziskus

Ratsmitglied Petra Stomberg

Ratsmitglied Michael von den Berg

Mitglied Fraktion WIN@WBV

Ratsvorsitzender Stefan Becker

Beigeordneter Markus Bulla

Ratsmitglied Dr. Angela Kirstges

Mitglied Gruppe "Die BUNTEN"

Ratsmitglied Anja Sanchez Mengeler

Beigeordneter Andreas Tönjes

Ratsmitglied Frank Uwe Walpurgis

Ratsmitglied Horst Dieter Walzner (anwesend bis einschl. TOP 13)

Ratsmitglied Helga Weinstock

Mitglied AfD-Fraktion

Ratsmitglied Torsten Kastrioti (anwesend bis einschl. TOP 9.5.2)

Ratsmitglied Thorsten Moriße (anwesend bis einschl. TOP 13)

Ratsmitglied Detlef Stump (anwesend bis einschl. TOP 13)

Mitglied Gruppe FDP/FW

Ratsmitglied Darwin Reinhard

Ratsmitglied Dr. Günther Schulte

Dezernent

Stadtkämmerer Thomas Bruns

von der Verwaltung

Gleichstellungsbeauftragte Nicole Biela

Fachbereichsleitung Kommunikation & Koordination Julia Muth

Fachbereichsleitung Rechnungsprüfungsamt Jörg Walkenhorst

Fachbereichsleitung Stadtplanung und Stadterneuerung Frank Amerkamp

Protokollführerin

Fachbereich Kommunikation & Koordination Insa Rogel

Es fehlte entschuldigt

Ratsmitglied Nurhayat Bakir-Block

Beigeordneter Ulf Berner

Ratsmitglied Olaf Fischer

Ratsmitglied Michael Kiesewetter

Ratsmitglied ChristianE Seyffer

Ratsmitglied Dr. Uwe Weithöner

als Gast

Jugendamt Andreas Leonhardt (zu TOP 16.1 und TOP 16.2)

Vergabestelle Robert Jonas (zu TOP 16.1 und TOP 16.2)

A. Öffentlicher Teil ab Seite 3

Einwohnerfragestunde auf Seite 23/24

B. Nichtöffentlicher Teil

A. Öffentlicher TeilTagesordnung:

- | | | |
|-------|--|-----------------|
| 8.1 | Um- und Neubesetzung von Gremien und Ausschüssen (auf Antrag von Beig. Heinemann sowie der AfD-Fraktion) | |
| 8.2 | Antrag Gruppe GRÜNE und GfW: Aufnahme/Entsendung eines beratenden Mitglieds aus dem Behindertenbeirat sowie eines Mitglieds aus dem Jugendparlament in die Ausschüsse nach § 71 Abs. 1 NKomVG | 501/2023 |
| 9.1.1 | Antrag Gruppe "GRÜNE und GfW": "Städtepartnerschaft mit einer ukrainischen Gemeinde" | 574/2022 |
| 9.1.2 | Antrag Gruppe FDP/FW: Kündigung Mitgliedschaft OTG | 519/2023 |
| 9.1.3 | Antrag Beigeordneter Heinemann: Nichtanwendung der jährlichen Höchstgrenze bei der Angemessenheit der Aufsichtsrathonorare des Klinikums Wilhelmshaven | 520/2023 |
| 9.2 | Ausschuss für Planen und Bauen (Beigeordneter Schön) | |
| 9.2.1 | Sanierungsgebiet "Westliche Südstadt" Sanierungsbeirat: Änderung der Geschäftsordnung | 11/2023 |
| 9.2.2 | Berufung der Mitglieder des Sanierungsbeirates "Westliche Südstadt" | 37/2023 |
| 9.2.3 | Beitritt der Stadt Wilhelmshaven zur Gesellschaft Verkehrsregion Nahverkehr Ems-Jade mit beschränkter Haftung (GVEJ) | 16/2023 |
| 9.2.4 | Umsetzung des Einzelhandelskonzepte 2019 der Stadt Wilhelmshaven: Änderung verschiedener Bebauungspläne Aufstellungsbeschluss | 24/2023 |
| 9.2.5 | Bebauungsplan Nr. 125, 3. Änderung Freizeitgelände Fedderwardergroden Süd/Schule 1. Behandlung der Stellungnahmen und 2. Satzungsbeschluss | 25/2023 |
| 9.2.6 | Verkauf Luisenstraße 1 | 34/2023 |
| 9.2.7 | Antrag WIN@WBV-Fraktion: Sanierungskonzept Verkehrswege Siebethsburg/Rathausviertel, Fedderwardergroden und Altengroden Nord | 510/2023 |
| 9.2.8 | Behindertenbeirat als beratendes Mitglied in den Ausschüssen APB und BGGS | 13/2023 |
| 9.3.1 | Antrag der SPD-Fraktion: Einrichtung eines kommunalen Härtefallfonds Wilhelmshaven | 572/2022 |
| 9.3.2 | Antrag Ratsherr Schaar und weitere Ratsmitglieder: Institutionelle Förderung der Wilhelmshavener Tafel e.V. | 500/2023 |
| 9.3.3 | Antrag der CDU-Fraktion: Erweiterung der Mitgliederzahl im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Integration | 516/2023 |
| 9.4.1 | Streaming und Videoaufzeichnung von Ratssitzungen - Beschluss über die Leistungsbeschreibung | 161/2022 |
| 9.5.1 | Erbbauzinshöhe bei Bestellung eines Erbbaurechts bzw. bei vorzeitiger Verlängerung der Erbbaurechtdauer / Erneuerung eines Erbbaurechts | 6/2023 |
| 9.5.2 | Ankauf von Grünflächen Mitteldeich / Inhauser Landstraße | 7/2023 |
| 9.5.3 | Ankauf von Grünflächen Altonaer Weg | 8/2023 |
| 9.5.4 | Ankauf - Kleingartenanlage, Am Pumpwerk | 9/2023 |
| 9.6.1 | Abberufung und Berufung eines beratenden Mitgliedes und der Vertretung für den Jugendhilfeausschuss | 31/2023 |
| 9.6.2 | Antrag SPD-Fraktion: Einleitung eines Interessenbekundungsverfahrens für den Bau und den Betrieb einer Kindertagesstätte | 578/2022 |
| 9.7.1 | Namensgebung der neuen Oberschule | 4/2023 |
| 10.1 | Antrag Gruppe "Die BUNTEN" auf Änderung der Hauptsatzung | 521/2023 |
| 10.2 | Gemeinsamer Antrag Gruppe GRÜNE und GfW und SPD-Fraktion: Prüfauftrag zum Einsatz von Mitteln aus dem Kohlestrukturfonds zur Umsetzung/Fortführung der Projekte „Musikschule sowie Kinderbibliothek“ | 523/2023 |
| 10.3 | Antrag SPD-Fraktion: Vorlage Sanierungsentwurf und Festlegung Klinikneubau | 527/2023 |
| 11.1 | Anfrage Ratsherr Moriße: Information Flüchtlinge/Asylsuchende in Wilhelmshaven | 507/2023 |
| 11.2 | Anfrage Ratsherr Moriße: Kontrolle sogenannter Barbiersalons hinsichtlich der Handwerksordnung und Gewerbeordnung | 517/2023 |
| 11.3 | Anfrage Ratsherr Moriße: Straftaten mit Schusswaffen und Stichwaffen in Wilhelmshaven | 518/2023 |
| 12 | Einwohnerfragestunde II (Fragen zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Ratssitzung gem. § 20 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates) | |

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Vor Beginn der Sitzung bat der **Ratsvorsitzende Herr Becker** um eine Schweigeminute zu Ehren der Opfer des Erdbebens in der Türkei und in Syrien.

Anschließend eröffnete **Herr Becker** die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Burkhardt bat, den **Tagesordnungspunkt 9.4.1** zurückzunehmen, da dieser Punkt erneut im Fachausschuss beraten werde.

Oberbürgermeister Feist stimmte dem zu; gleichzeitig zog er **Tagesordnungspunkt 9.2.4** ebenfalls zurück.

Nachdem zwischen **Herrn Tönjes, Herrn Becker, Herrn Schön, Oberbürgermeister Feist, Herrn Burkhardt** und **Herrn Schoolmann** das weitere Vorgehen in Bezug auf den Punkt 9.4.1 erörtert worden war, beantragte **Herr Dr. Schulte** die **Vertagung des Tagesordnungspunktes 9.4.1** auf die nächste Sitzung. Nach einer Wortmeldung von **Herrn Tönjes** wurde dem Vertagungsantrag bei 33 Ja-Stimmen und 6 Nein-Stimmen **mehrheitlich zugestimmt**.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(bei 34 Ja-Stimmen und 5 Nein-Stimmen)

Die Tagesordnung wird in der geänderten Form festgestellt.

3 Genehmigung der Protokolle über die öffentlichen Sitzungen des Rates sowie der Einwohnerfragestunden vom 30.11.2022 (fortgesetzt am 02.12.2022), 14.12.2022 und 25.01.2023

Herr Tönjes bat um getrennte Abstimmung. Gleichzeitig stellte er fest, dass die Protokolle vom 30.11. und 14.12.2022 nicht fristgerecht vorgelegen haben und damit gegen die Geschäftsordnung verstoßen worden sei.

Protokoll 30.11.2022 (fortgesetzt am 02.12.2022)

Beschluss: - mehrheitlich zugestimmt -
(bei 32 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen)

Das Protokoll der öffentlichen Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 30.11.2022 (fortgesetzt am 02.12.2022) wird genehmigt.

Protokoll 14.12.2022

Beschluss: - mehrheitlich zugestimmt –
(bei 31 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen)

Das Protokoll der öffentlichen Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 14.12.2022 wird genehmigt.

Protokoll 25.01.2023

Beschluss: - einstimmig zugestimmt –
(bei 35 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen)

Das Protokoll der öffentlichen Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 25.01.2023 wird genehmigt.

- 4 Einwohnerfragestunde I
(Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde gem. § 20 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates)

Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde lagen nicht vor.

- 5 Aktuelle Stunde

Herr Moriß trug im Rahmen der aktuellen Stunde sein Anliegen zum Thema „Hoegh Esperanza – Umgang mit Umweltschutz – Öffentliche Rüge an die Niedersächsische Landesregierung“ vor.

- 6 Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Es lagen keine Berichte vor.

- 7 Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

Frau Biela berichtete über das Audit „Beruf und Familie“, womit sich die Stadtverwaltung entschließe, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie als zertifiziertes Verfahren in ihrer Unternehmensstrategie zu verankern.

Oberbürgermeister Feist informierte anschließend, dass die Teilnahme der Stadt an der diesjährigen Hauptversammlung des Deutschen Städtetages vom 23. bis 25. Mai 2023 in Köln aus haushaltsrechtlichen Gründen abgesagt worden sei.

- 8 Vorlagen des Verwaltungsausschusses an den Rat
(Beigeordnete Heide)
- 8.1 Um- und Neubesetzung von Gremien und Ausschüssen (auf Antrag von Beig. Heinemann sowie der AfD-Fraktion)

Herr Heinemann beantragte die Neubesetzung der folgenden Ausschüsse mit jeweils einem Mitglied aus dem Seniorenbeirat:

Ausschuss für Planen und Bauen: Frau Evelyn Klibert

Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Integration: Herr Günter Hinrichs

Ausschuss für Kultur: Frau Christel Kleinow

Betriebsausschuss Technische Betriebe Wilhelmshaven: Frau Marion Reiners

Ausschuss für Sport: Herr Wolfgang May

Betriebsausschuss Grundstücke und Gebäude: Herr Dr. Franz Köster

Als Stellvertreter fungiert jeweils ein Mitglied aus dem Seniorenbeirat; die Benennung erfolgt bei Bedarf durch den Vorsitzenden.

Anschließend beantragte **Herr Stump** für die AfD-Fraktion die folgenden Umbesetzungen:

Ausschuss für Kultur: Ratsherr Detlef Stump, (Stellvertreter: Ratsherr Thorsten Moriße)

Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Integration: Ratsherr Detlef Stump, (Stellvertreter: Ratsherr Thorsten Moriße)

Ausschuss für Sport: Ratsherr Thorsten Moriße (Stellvertreter: Ratsherr Detlef Stump)

Jugendhilfeausschuss: Ratsherr Thorsten Moriße (Stellvertreter: Ratsherr Detlef Stump)

Herr Burkhardt widersprach einer en-bloc-Abstimmung.

Nach einer kurzen Aussprache zwischen ihm und **Herrn Moriße** erfolgte die Abstimmung:

Antrag Beigeordneter Heinemann

Beschluss: - einstimmig zugestimmt –

Antrag AfD-Fraktion

Beschluss: - einstimmig zugestimmt –
(bei 32 Ja-Stimmen und 7 Enthaltungen)

- 8.2 Antrag Gruppe GRÜNE und GfW: Aufnahme/Entsendung eines beratenden Mitglieds aus dem Behindertenbeirat sowie eines Mitglieds aus dem Jugendparlament in die Ausschüsse nach § 71 Abs. 1 NKomVG **501/2023**

Herr Burkhart brachte den Antrag ein. Er erklärte, der **Part „Behindertenbeirat“ könne aus dem Antrag gestrichen** werden, da diese Besetzung bereits mit der Beschlussvorlage Nr. 13/2023 unter Tagesordnungspunkt 9.2.8 erfolge. **Er stelle daher nur den 2. Abschnitt zu Abstimmung.**

Herr Stoffers ging auf die Problematik der Entsendung eines Mitgliedes aus dem Jugendparlament in den Jugendhilfeausschuss ein und bat um Auskunft, ob dies rechtlich geprüft worden sei.

Oberbürgermeister Feist erklärte, die Prüfung durch Ersten Stadtrat Schönfelder habe ergeben, dass die Aufnahme eines weiteren beratenden und nicht stimmberechtigten Mitglieds des Jugendparlaments in den Jugendhilfeausschuss rechtlich zulässig sei.

Herr Stoffers machte auf die schwierige juristische Fragestellung aufmerksam. Da es sich beim Jugendhilfeausschuss um einen Ausschuss nach besonderen Rechtsvorschriften mit eigener Beschlusskompetenz handele, bestehe das Risiko, dass dort gefasste Beschlüsse gegebenenfalls rechtlich angreifbar seien, sollte die Zusammensetzung nicht den Vorschriften entsprechen. Um dies sicherzustellen, bitte er im Falle der Zustimmung um Nachfrage beim Landesjugendamt, ob der Beschluss und damit die neue Besetzung rechtmäßig ist.

Oberbürgermeister Feist sagte zu, bei Zustandekommen eines Beschlusses den Vorschlag von Herrn Stoffes anzunehmen.

Nach Wortmeldungen von **Ratsherrn Hager** und **Ratsfrau Stomberg** beantragte **Herr Dr. Schulte** das **Schließen der Rednerliste**.

Nachdem **Herr Tönjes** zum Geschäftsordnungsantrag zu Wort gemeldet hatte, wurde dieser bei 38 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung **einstimmig angenommen**.

Herr Moriße zog daraufhin seinen Wortbeitrag zurück.

Beschluss: geänderter Beschlussvorschlag
(bei 35 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung)

1. ~~Der Beirat für Menschen mit besonderen Bedürfnissen/Behindertenbeirat wird in folgende Ausschüsse~~
 - ~~Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Integration~~
 - ~~Betriebsausschuss Eigenbetrieb Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven~~
 - ~~Betriebsausschuss Technische Betriebe Wilhelmshaven~~

~~als Sachverständiger mit beratender Stimme (ohne Stimmrecht) aufgenommen.~~

2. Das Jugendparlament wird in folgende Ausschüsse

- *Schulausschuss*
- *Jugendhilfeausschuss*
- *Ausschuss für Kultur*
- *Ausschuss für Sport*
- *Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Brandschutz*

als Sachverständiger mit beratender Stimme (ohne Stimmrecht) aufgenommen.

3. Die Verwaltung wird aufgefordert, im Vorfeld der Beratungen die rechtliche Umsetzung im Hinblick auf mögliche Auswirkungen auf die verschiedenen Ausschüsse zu prüfen. Die Ergebnisse sind in den Ausschüssen vorzustellen und ggf. erforderliche Maßnahmen zu erörtern.

(Punkt 1 gestrichen im Rat 15.02.2023)

9 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat

9.1 Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus und Häfen
(Beigeordneter Heinemann)

9.1.1 Antrag Gruppe "GRÜNE und GfW": "Städtepartnerschaft mit einer ukrainischen Gemeinde" **574/2022**

Frau Stomberg brachte den Antrag ein und begründete diesen anschließend.

Herr Tönjes beantragte die **Vertagung** auf die nächste Ratssitzung, da ein Beschluss seiner Meinung nach verfrüht erscheine.

Nachdem der Geschäftsordnungsantrag von Herrn Tönjes zwischen **Frau Stomberg, Herrn Dr. Schulte, Herrn Bulla, Oberbürgermeister Feist** und **Herrn Moriße** diskutiert worden war, **zog Herr Tönjes den Vertagungsantrag wieder zurück.**

An der folgenden Diskussion über den Antrag beteiligten sich **Herr Schön, Herr Moriße, Herr Walpurgis, Oberbürgermeister Feist, Frau Dr. Kirstges** und **Herr Schaar.**

Oberbürgermeister Feist bat, für den Fall einer Zustimmung, das im Antrag genannte Datum auf den 15.03.2023 zu ändern, damit in der darauffolgenden Ratssitzung das Ergebnis des Prüfauftrages vorgestellt werden könne.

Frau Stomberg zeigte sich einverstanden.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(bei 14 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 15 Enthaltungen)

Die Verwaltung prüft die Voraussetzungen für eine kommunale Städtepartnerschaft mit einer ukrainischen Gemeinde und stellt diese im ersten Halbjahr 2023 dem Rat zur Entscheidung vor. Zudem sind sowohl die Verwaltung als auch alle Fraktionen und Gruppen im Rat eingeladen, ukrainische Städte zur Partnerschaft bis zum ~~31.12.2022~~ **15.03.2023** vorzuschlagen. Hierbei sollte berücksichtigt werden, ob es bereits private Kontakte von BürgerInnen und KommunalpolitikerInnen bzw. Schulen etc. gibt, die intensiviert und in einer Städtepartnerschaft münden könnten. Die Verwaltung stellt nach Anfrage an vorgeschlagene Gemeinden bis zu drei Städtepartnerschaften im Rat zur Entscheidung vor.

(geändert auf Vorschlag von Oberbürgermeister Feist im Rat am 15.02.2023)

9.1.2 Antrag Gruppe FDP/FW: Kündigung Mitgliedschaft OTG

519/2023

Herr Dr. Schulte brachte den Antrag ein und begründete diesen anschließend.

Frau Dr. Kirstges beantragte die **Vertagung auf September**.

Über den Vertagungsantrag wurde anschließend zwischen den **Herren Werner, Brandt, Oberbürgermeister Feist, Tönjes, Burkhardt, Baruschke, Dr. Schulte** und **Frau Dr. Kirstges** diskutiert.

Der Vertagung wurde daraufhin bei 21 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen **mehrheitlich zugestimmt**.

Beschluss: **vertagt**

Der Rat beschließt,
die Mitgliedschaft in der Ostfriesland Tourismus GmbH zum 31.12.2024 zu kündigen.

9.1.3 Antrag Beigeordneter Heinemann: Nichtanwendung der jährlichen Höchstgrenze bei der Angemessenheit der Aufsichtsratshonorare des Klinikums Wilhelmshaven

520/2023

Herr Heinemann brachte den Antrag mit anschließender Begründung ein.

Oberbürgermeister Feist empfahl, die Entscheidung zu vertagen, da noch keine rechtlich abschließende Stellungnahme vorliege.

Nach einer Wortmeldung von Herrn Reinhard beantragte Herr Baruschke die **Vertagung auf die nächste Ratssitzung**.

Der Vertagungsantrag wurde bei 29 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen **mehrheitlich angenommen**.

Beschluss: vertagt

Es wird beantragt, im Falle des Klinikums Wilhelmshaven bei der Angemessenheit der Aufsichtsratshonorare keine jährliche Höchstgrenze gemäß Beschlussvorlage Nr. 148 aus 2017 anzuwenden, sondern auf die Angemessenheit des Sitzungsgeldes für die einzelne Sitzung abzustellen. Der Antrag gilt ab der möglichen Rückzahlungspflicht, die am 31.3.2023 für das Jahr 2022 entstehen könnte.

Anschließend wurde die Sitzung für eine **Pause von 16:30 Uhr bis 16:45 Uhr** unterbrochen.

Nach Wiedereintritt in die Tagesordnung erfolgte die Beratung der Vorlagen aus den weiteren Fachausschüssen.

9.2 Ausschuss für Planen und Bauen (Beigeordneter Schön)

9.2.1 Sanierungsgebiet "Westliche Südstadt" Sanierungsbeirat: Änderung 11/2023 der Geschäftsordnung

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 07.02.2023 vor.

Herr Tönjes beantragte für die Gruppe „Die BUNTEN“ die folgende **Änderung**:

„Der Beschluss wird ergänzt um die Änderung:

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt zusätzlich den §2 Abs 3 letzter Satz der GO des Beirates Sanierungsgebiet „Westliche Südstadt“ zu ändern. Das Wort „arbeiten“ wird durch „erwerbstätig sind“ ersetzt.

1. Bei den Vorgeschlagenen muss sich es um EinwohnerInnen handeln, die im Sanierungsgebiet wohnen und/oder erwerbstätig sind.“

Nach Wortmeldungen von **Frau Mandt** und **Herrn Dr. Schulte** wurde der Änderungsantrag bei 5 Ja-Stimmen, 30 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen **mehrheitlich abgelehnt**.

Abschließend melde sich **Herr Tönjes** noch einmal kurz zu Wort.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(bei 36 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 2 Enthaltungen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt der Änderung der Geschäftsordnung des Sanierungsbeirates „Westliche Südstadt“ zu (sh. Anlage).

9.2.2 Berufung der Mitglieder des Sanierungsbeirates "Westliche Südstadt" **37/2023**

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 07.02.2023 vor.

An der Diskussion beteiligten sich die **Herren Tönjes, Heinemann, Schön, Oberbürgermeister Feist, Burkhardt, Amerkamp, Schaar, Dr. Schulte** und **Ehlers**.

Herr Burkhardt stellte im Verlauf der Diskussion den **Antrag auf Vertagung**, damit die Verwaltung die Rechtslage noch einmal prüfen könne.

Nach einer Wortmeldung von **Herrn Tönjes** wurde der Vertagungsantrag von Herrn Burkhardt bei 10 Ja-Stimmen und 29 Nein-Stimmen **mehrheitlich abgelehnt**.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(bei 28 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beruft die in der Anlage aufgeführten Personen zu Mitgliedern des Sanierungsbeirates „Westliche Südstadt“ sowie deren Vertretungen.

9.2.3 Beitritt der Stadt Wilhelmshaven zur Gesellschaft Verkehrsregion 16/2023
Nahverkehr Ems-Jade mit beschränkter Haftung (GVEJ)

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 07.02.2023 vor.

Herr Bruns informierte über eine Änderung im Gesellschaftsvertrag, die aus einem Übertragungsfehler resultiere.

Herr Schön nahm Stellung zur Beschlussvorlage.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(bei 27 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 9 Enthaltungen)

1. Der Rat stimmt der Gründung der „Gesellschaft Verkehrsregion Ems-Jade mit beschränkter Haftung (GVEJ)“ auf der Grundlage der Gesellschaftersatzung (Anlage) zu und wird damit Gründungsgesellschafter der GVEJ.
2. Der Rat stimmt zu, dass die Stadt Wilhelmshaven zur Gründung der Gesellschaft eine Stammeinlage in Höhe von 3.125,- Euro tätigt.
3. Die Verwaltung der Stadt Wilhelmshaven wird ermächtigt, die Gründungsgesellschafterversammlung durchzuführen.

- 9.2.4 Umsetzung des Einzelhandelskonzepte 2019 der Stadt Wilhelmshaven: Änderung verschiedener Bebauungspläne Aufstellungsbeschluss **24/2023**

zurückgezogen

- 9.2.5 Bebauungsplan Nr. 125, 3. Änderung Freizeitgelände Fedderwardergroden Süd/Schule 1. Behandlung der Stellungnahmen und 2. Satzungsbeschluss **25/2023**

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 07.02.2023 vor.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(bei 26 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen)

1. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Abwägung zu den im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange, der Nachbargemeinden und der Öffentlichkeit vorgebrachten Stellungnahmen gem. Vorlage (Ergänzungsblatt Seite 01 bis 04). Sie ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

2. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 10 (1) des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 10. September 2021 (BGBl. I S. 4147), i. V. m. §§ 10 und 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in der z. Zt. geltenden Fassung den Bebauungsplan Nr. 125, 3. Änderung - Freizeitgelände Fedderwardergroden Süd/Schule - Zusatz: aufgestellt im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB) als Satzung. Die Begründung in der Fassung vom 22.12.2022 mit den Angaben nach §2a BauGB ist dem Bebauungsplan gem. §9 (8) des BauGB beigefügt. 4

Der Rat nimmt gleichzeitig zur Kenntnis, dass der Flächennutzungsplan im Bereich des Bebauungsplans im Wege der Berichtigung gem. § 13 a (2) Nr. 2 BauGB entsprechend der vorliegenden Darstellung angepasst wird (Berichtigung Nr. 31)

- 9.2.6 Verkauf Luisenstraße 1 **34/2023**

Herr Schön trug die Informationsvorlage des Ausschusses für Planen und Bauen vom 07.02.2023 vor.

Herr Tönjes äußerte rechtliche Bedenken, da es sich nicht um städtisches Eigentum handele.

Beschluss: zur Kenntnisnahme

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt dem Verkauf des Objektes Luisenstraße 1 mit einer Grundstücksgröße von 1972 m² in Ermangelung mehrheitsfähiger Ausschreibungs-ergebnisse nicht zu.

9.2.7 Antrag WIN@WBV-Fraktion: Sanierungskonzept Verkehrswege 510/2023 Siebethsburg/Rathausviertel, Fedderwardergroden und Altengroden Nord

Herr Bulla brachte den Antrag ein und begründete diesen anschließend.

Herr Becker beantragte die folgende **Änderung:**

„Zu Absatz 1: in Klammern zuerst das Wort „Häuser“.

Letzter Satz Absatz 1: alle drei Bereiche werden zu Sanierungsgebieten.

Neuer Absatz 4: Die Sanierungsgebiete sollen hinsichtlich des Wohnwertes als auch des „gesunden Arbeitens“ aufgewertet werden. Hierfür ist eine Vielzahl von Maßnahmen erforderlich, die sich über einen längeren Zeitraum (in der Regel 15 Jahre) hinziehen. Zu diesen Maßnahmen können gehören z. B. die Sanierung und Modernisierung von Wohngebäuden, Beseitigung von Schrottimmobilien, Verbesserung der Erschließung, Schaffung von Parkmöglichkeiten sowie von Grünanlagen und vieles mehr.“

Nachdem er die Änderung begründet hatte, wurde zwischen **Herrn Tönjes, Herrn Schön, Herrn Burkhart, Herrn Dr. Schulte** und **Herrn Becker** über den Änderungsantrag diskutiert.

Dem Änderungsantrag wurde bei 20 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen **mehrheitlich zugestimmt**.

An der folgenden Diskussion über den Antrag beteiligten sich die **Herren Stoermer, Becker, Dr. Schulte** und **Burkhart**.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(inklusive Änderung, bei 20 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen)

Der Rat beschließt,
die Verwaltung der Stadt Wilhelmshaven wird beauftragt, vorrangig ein Konzept zur Sanierung und Weiterentwicklung der Verkehrswege (**Häuser**, Straßen, Rad- und Fußwege) in Siebethsburg/Rathausviertel und Fedderwardergroden inkl. des südlich angrenzenden Altengroden-Nord vorzulegen. **Alle drei Bereiche werden zu Sanierungsgebieten.**

Im Rahmen des Konzepts sind auch die Verkehrsführungen zu analysieren und ggf. anzupassen. Dem nicht-motorisierten Verkehr ist dabei besondere Beachtung zu gewähren. Aktuell laufende Maßnahmen und Planungen zur Radwegesanierung und -erweiterung sind einzubeziehen.

Geeignete Fördermittelquellen, wie beispielsweise die Ausweisung entsprechender Sanierungsgebiete, sind zu eruieren. Im Rahmen der Finanzierungsplanung und auf Basis der jeweiligen Fördermöglichkeiten und ihrer Bedingungen sind ggf. die Priorisierungen der Maßnahmen mit Begründungen darzulegen.

Die Sanierungsgebiete sollen hinsichtlich des Wohnwertes als auch des „gesunden Arbeitens“ aufgewertet werden. Hierfür ist eine Vielzahl von Maßnahmen erforderlich, die sich über einen längeren Zeitraum (in der Regel 15 Jahre) hinziehen. Zu diesen Maßnahmen können gehören z. B. die Sanierung und Modernisierung von Wohngebäuden, Beseitigung von Schrottimmobilien, Verbesserung der Erschließung, Schaffung von Parkmöglichkeiten sowie von Grünanlagen und vieles mehr.

(geändert auf Antrag der WIN@WBV-Fraktion im Rat am 15.02.2023)

9.2.8 Behindertenbeirat als beratendes Mitglied in den Ausschüssen APB 13/2023 und BGGs

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 07.02.2023 vor.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(bei 38 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme)

1. Der Ausschuss Planen und Bauen (APB) und der Betriebsausschuss Eigenbetrieb Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven (BGGs) wird um jeweils ein beratendes Mitglied aus dem Behindertenbeirat erweitert.

2. Hierfür ist die Geschäftsordnung des Rates entsprechend anzupassen.

2.1. § 27 Abs. 6 wird wie folgt geändert:

„(6) Der Betriebsausschuss Grundstücke und Gebäude besteht aus 9 Ratsfrauen und Ratsherren, die gleichzeitig dem Ausschuss für Planen und Bauen angehören sollen, die/der nicht stimmberechtigten Betriebsleiterin/Betriebsleiter, sowie einem nicht stimmberechtigten Mitglied des Behindertenbeirates der Stadt Wilhelmshaven. Für die Mitglieder sind Stellvertreterinnen/ Stellvertreter zu berufen.“

2.2. §27 Abs. 7 wird ersetzt durch:

„(7) Der Ausschuss Planen und Bauen besteht aus neun Ratsfrauen

und Ratsherren, sowie einem nicht stimmberechtigten Mitglied des Behindertenbeirates der Stadt Wilhelmshaven.“

2.3. §27 Abs. 8 wird ergänzt:

„(8) Die Fraktionen und Gruppen benennen für jeden Ausschuss Vertretungen für ihre Ausschussmitglieder.“

3. Zusätzlich ist die Satzung des Eigenbetriebes GGS wie folgt zu ändern:

- §4 Abs. 2 wird wie folgt geändert:

„(2) Der Betriebsausschuss besteht aus neun vom Rat gewählten Mitgliedern, der nicht stimmberechtigten Betriebsleitung, sowie einem nicht stimmberechtigten Mitglied des Behindertenbeirates der Stadt Wilhelmshaven.“

4. Auf Vorschlag des Behindertenbeirates der Stadt Wilhelmshaven wird Herr Lars Peichert als beratendes Mitglied in den Ausschuss für Planen und Bauen und Herr Walther Schäfer als beratendes Mitglied in den Betriebsausschuss Grundstücke und Gebäude berufen.

Als Vertreterinnen werden Frau Birgit Schneegold (Ausschuss für Planen und Bauen) und Frau Heike Erhardt-Maaß (Betriebsausschuss Grundstücke und Gebäude) benannt.

9.3 Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Integration (Ratsherr Reese)

9.3.1 Antrag der SPD-Fraktion: Einrichtung eines kommunalen Härtefallfonds Wilhelmshaven **572/2022**

Herr Reese brachte den Antrag ein.

Nach einer Wortmeldung von **Herrn Ehlers** beantragte **Herr Walpurgis** die **Vertagung** bis nach der Sommerpause.

An der Diskussion über den Vertagungsantrag beteiligten sich **Herr Hager, Frau Dr. Kirstges, Herr Schaar, Herr Tönjes, Herr Bruns, Herr Dr. Schulte** und **Herr Heinemann**.

Der Vertagungsantrag wurde daraufhin bei 24 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung **mehrheitlich angenommen**.

Beschluss: vertagt

Die Verwaltung wird beauftragt/gebeten, zusammen mit den lokalen Energieversorgungsunternehmen, umgehend einen Energie-Härtefallfonds für Heiz- und Stromkosten einzuführen, welcher im Falle drohender finanzieller Überforderung von Bürgerinnen und Bürgern in Anspruch genommen werden kann. Die durch die Niedersächsische Landesregierung in Aussicht gestellte Förderung in Höhe von 50 Millionen Euro zur Unterstützung lokaler Härtefallfonds soll hierbei berücksichtigt werden. Die finanziellen Mittel für den lokalen Härtefallfonds

müssen im bestehenden Haushalt umgewidmet werden oder sind entsprechend durch einen Nachtragshaushalt zu beschließen.

9.3.2 Antrag Ratsherr Schaar und weitere Ratsmitglieder: Institutionelle Förderung der Wilhelmshavener Tafel e.V. **500/2023**

Herr Schaar brachte den Antrag ein, begründete diesen und beantragte anschließend die **Vertagung bis zu den Haushaltsberatungen**.

Über den Geschäftsordnungsantrag diskutierten **Herr Ehlers, Herr Tönjes, Herr Schön, Herr Dr. Schulte, Herr Burkhardt** und **Herr Schaar**.

Der Vertagungsantrag wurde bei 34 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung **mehrheitlich angenommen**.

Beschluss: vertagt

Die Wilhelmshavener Tafel e.V. erhält ab dem Haushaltsjahr 2023 eine jährliche institutionelle Förderung in Höhe von 3.000,- Euro. Entsprechende Mittel sind im neuen Haushaltsplan vorzusehen.

9.3.3 Antrag der CDU-Fraktion: Erweiterung der Mitgliederzahl im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Integration **516/2023**

Herr Ehlers brachte den Antrag ein und begründete diesen anschließend.

Nach einer Wortmeldung von **Herrn Schön** erfolgte die Abstimmung.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(bei 35 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung)

Der Rat der Stadt beschließt:

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) erhält einen stimmrechtslosen Sitz im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Integration (SoGI). Der DGB schlägt die Person dem Rat zur Beschlussfassung vor.

9.4 Datenverarbeitungs- und Digitalisierungsausschuss
(Ratsherr Fischer)

9.4.1 Streaming und Videoaufzeichnung von Ratssitzungen - Beschluss über die Leistungsbeschreibung **161/2022**

Vertagt, sh. TOP 2

9.5 Betriebsausschuss Grundstücke und Gebäude (Ratsfrau Mandt)9.5.1 Erbbauzinshöhe bei Bestellung eines Erbbaurechts bzw. bei vorzeitiger Verlängerung der Erbbaurechtdauer / Erneuerung eines Erbbaurechts **6/2023**

Frau Mandt trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Grundstücke und Gebäude vom 02.02.2023 vor.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(bei 31 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen)

Bei der Bestellung, vorzeitigen Verlängerung oder Erneuerung eines Erbbaurechts soll der jährliche Erbbauzins je nach Erbbaurechtszweck künftig anhand des vollen Bodenrichtwerts (bzw. Verkehrswerts) bestimmt werden.

Es gelten die folgenden Erbbauzinssätze:

Gemeinnütziger Zweck gem. § 52 Abgabenordnung	3 %
Sozialer oder öffentlich geförderter Wohnungsbau	4 %
Frei finanzierter Wohnungsbau / Einfamilienhäuser	5 %
Gewerbe	6 %

Fälle, in denen von dieser Festlegung abgewichen wird (insb. Nutzung im Interesse der Stadt/Kitas), sind dem Rat zur Einzelfallentscheidung vorzulegen.

9.5.2 Ankauf von Grünflächen Mitteldeich / Inhauser Landstraße **7/2023**

Frau Mandt trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Grundstücke und Gebäude vom 02.02.2023 vor.

Herr Schön informierte, er werde sich nicht an der Diskussion und der Abstimmung beteiligen, da er bei der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben beschäftigt sei (s. Änderung gem. Protokoll vom 15.03.2023); dies gelte auch für die Punkte 9.5.3 und 9.5.4.

Zum Thema meldeten sich **Herr Tönjes** und **Frau Mandt** zu Wort.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(bei 30 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen, ohne Herrn Schön)

Der Rat stimmt dem Ankauf der Grünflächen im Bereich Mitteldeich / Inhauser Landstraße (Gemarkung Rüstringen (Flur 23) und Sengwarden (Flur 6), Flur 23 und 6, Flurstück zu Flur 23: 6/4, 7/6, 7/14, 11/16, 11/18, 14/11, 19/0, 21/4, 22/7, 23/4, 266/20, 273/6, 281/20; Zu Flur 6: 70/17) mit einer Gesamtfläche von 146.692 m² zu einem Ankaufspreis in Höhe von ca. 5,0623 €/m² und daraus

resultierend einer Gesamtsumme in Höhe von 742.600,00€ von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA), Zeughausstr. 73, 26121 Oldenburg **nicht** zu

Nach Abschluss dieses Tagesordnungspunktes wurde die Sitzung für eine **Pause von 18:13 Uhr bis 18:30 Uhr** unterbrochen.

Nach Wiedereintritt in die Tagesordnung erfolgte die weitere Beratung der Vorlagen des Betriebsausschusses Grundstücke und Gebäude.

9.5.3 Ankauf von Grünflächen Altonaer Weg

8/2023

Frau Mandt trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Grundstücke und Gebäude vom 02.02.2023 vor.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(bei 34 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung, ohne Herrn Schön)

Der Rat stimmt dem Ankauf der Grünflächen im Bereich Altonaer Weg (Gemarkung Rüstringen, Flur 26, Flurstücke 135/1, 287/2, 291/47 sowie Gemarkung Rüstringen, Flur 5, Flurstück 134/53 mit einer Gesamtfläche von 101.514 m² zu einem Ankaufspreis in Höhe von 16,75 €/m² und daraus resultierend einer Gesamtsumme in Höhe von 1.700.000,00€ von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA), Zeughausstr. 73, 26121 Oldenburg zu.

9.5.4 Ankauf - Kleingartenanlage, Am Pumpwerk

9/2023

Frau Mandt trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Grundstücke und Gebäude vom 02.02.2023 vor.

An der Diskussion beteiligten sich **Herr Tönjes, Herr Stump** und **Frau Mandt**.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(bei 28 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen, ohne Herrn Schön)

Die Kleingartenanlage im Bereich Am Pumpwerk (Gemarkung Rüstringen, Flur 4, Flurstück 79/7) mit einer Gesamtfläche von 2.210 m² soll zu einem Ankaufspreis in Höhe von 8,78 €/m² und daraus resultierend einer Gesamtsumme in Höhe von 19.403,80 € von der **Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA)**, Zeughausstr. 73, 26121 Oldenburg angekauft werden.

9.6 Jugendhilfeausschuss (Ratsherr Hager)9.6.1 Abberufung und Berufung eines beratenden Mitgliedes und der Vertretung für den Jugendhilfeausschuss **31/2023**

Herr Hager trug den Beschlussvorschlag des Jugendhilfeausschusses vom 08.02.2023 vor.

Frau Weinstock beantragte die folgende **Änderung**:

„Die BUNTEN schlagen René Gommers als Stellvertreter für Frau Meiners vor.“

Auf Verlangen von **Herrn Tönjes** wird die folgende Aussage von **Herrn Moriße** wörtlich wiedergegeben und die Aufzeichnung der Sitzung nicht gelöscht:

„Also, wir werden dem Änderungsantrag nicht folgen. Herr René Gommers ist bekannt, der bekanntlich auch nicht mit den freiheitlichen Grund... werte... der unserer Verfassung verein ist. Dieser Mann ist angreift, die AfD, der ´rumläuft in der Stadt und AfD-Mitgliedern den Stinkefinger zeigt, anrumpelt. Also, diese Person ist hier im Rat nicht tragbar, danke.“

Nach Wortmeldungen der **Herren Tönjes** und **Hager** verlangte Herr Tönjes die Erwiderung von **Herrn Moriße** auf seine Forderung bezüglich des ersten Redebeitrages ebenfalls wörtlich zu protokollieren:

„Da ja der Herr Tönjes mal wieder mit Strafanzeigen droht, ich glaube das ist mittlerweile die 17., aber egal. Ich bin selber betroffen, meine Frau ist betroffen, meine Kinder sind betroffen. Also, das machen Sie sich keine Sorgen, das Ding kriegen wir durch, wenn Sie das machen.“

An der weiteren Diskussion über den Änderungsantrag beteiligten sich **Herr Burkhart** und **Frau Weinstock**.

Der Änderungsantrag wurde bei 5 Ja-Stimmen, 27 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen **mehrheitlich abgelehnt**.

Beschluss: einstimmig zugestimmt
(bei 34 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen)

Folgende Neubesetzung im Jugendhilfeausschuss wird beschlossen:

1. Frau Jasmin Meiners als Nachfolgerin des ausgeschiedenen Herrn Niels Westerholt und
2. Frau Nadja Kruse als Stellvertretung für Jasmin Meiners.

- 9.6.2 Antrag SPD-Fraktion: Einleitung eines Interessenbekundungs- **578/2022**
verfahrens für den Bau und den Betrieb einer Kindertagesstätte

Herr Hager erklärte, die SPD-Fraktion **ziehe diesen Antrag zurück**.

- 9.7 Schulausschuss (Ratsherr Ehlers)

- 9.7.1 Namensgebung der neuen Oberschule **4/2023**

Herr Ehlers trug den Beschlussvorschlag des Schulausschusses vom 02.02.2023 vor.

Nach Wortmeldungen von **Frau Heide** und **Herrn Moriße** beantragte **Herr Baruschke** das **Schließen der Rednerliste**.

Zum Geschäftsordnungsantrag von Herrn Baruschke meldeten sich **Frau Weinstock** und **Frau Marxfeld** zu Wort, bevor der Antrag bei 19 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen **mehrheitlich abgelehnt** wurde.

An der Diskussion über die Namensgebung beteiligten sich **Herr Burkhardt**, **Oberbürgermeister Feist**, **Herr Schumacher** (Schulleiter) und **Frau Weinstock**.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(bei 33 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen)

Die Schulgemeinschaft der neuen Oberschule schlägt als Namen „Nordsee-Campus Wilhelmshaven“ vor. Diesem Vorschlag zur Namensgebung wird zugestimmt. Dieser Schulname wird ab dem Schuljahr 2023/24 geführt.

- 10 Anträge

- 10.1 Antrag Gruppe "Die BUNTEN" auf Änderung der Hauptsatzung **521/2023**

Herr Tönjes brachte den Antrag ein und begründete diesen anschließend. Gleichzeitig beantragte er, den anwesenden Medienvertretern die Gelegenheit zu geben, zu sprechen.

Herr Burkhardt beantragte die **Verweisung** des Antrages an den Datenverarbeitungs- und Digitalisierungsausschuss.

Zum Geschäftsordnungsantrag meldeten sich die **Herren Tönjes, Baruschke** und **Ehlers** zu Wort.

Anschließend wurde der Verweisungsantrag bei 24 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen **mehrheitlich angenommen**.

Beschluss: an Fachausschuss **verwiesen**

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt

1. der Ratsbeschluss 512/2021 wird aufgehoben.
2. die Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Wilhelmshaven laut beigefügtem Entwurf.
Die Hauptsatzung wird geändert, indem ein neuer § 13 eingefügt wird. Durch die Einfügung verschiebt sich der bisherige Paragraph um eine Nummerierung.
3. Die Satzung wird vom Oberbürgermeister am 16.02.2023 verkündet.

10.2 Gemeinsamer Antrag Gruppe GRÜNE und GfW und SPD-Fraktion: 523/2023
Prüfauftrag zum Einsatz von Mitteln aus dem Kohlestrukturfonds zur
Umsetzung/Fortführung der Projekte „Musikschule sowie
Kinderbibliothek“

Herr Burkhardt brachte den Antrag ein und begründete diesen anschließend.

An der Diskussion über den Antrag beteiligten sich **Herr Tönjes, Herr Bruns, Herr Heinemann, Herr Dr. Schulte, Herr Hager, Frau Mandt, Herr Bulla** und **Herr Suberg**.

Herr Burkhardt beantragte daraufhin die **Vertagung** bis zur nächsten Ratssitzung.

Nach einem Einwand von **Oberbürgermeister Feist** und einer Wortmeldung von **Herrn Heinemann** änderte Herr Burkhardt seinen Vertagungsantrag auf die **Vertagung bis zur Ratssitzung im April**.

Diesem Vertagungsantrag wurde bei 35 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen **einstimmig zugestimmt**.

Beschluss: **vertagt**

Die Ratsgruppe Grüne und GfW sowie die SPD-Fraktion beantragen, dass durch die Verwaltung geprüft werden soll, ob Mittel aus dem Kohlestrukturfond zur Umsetzung/ Fortführung der Projekte „Musikschule sowie Kinderbibliothek“ eingesetzt werden können.

10.3 Antrag SPD-Fraktion: Vorlage Sanierungsentwurf und Festlegung 527/2023
Klinikneubau

Herr Block brachte den Antrag ein und begründete diesen anschließend. Zugleich beantragte er **namentliche Abstimmung**.

Nachdem der Antrag zwischen **Herrn Heinemann, Frau Dr. Kirstges, Frau Stomberg, Herrn Schön, Herrn Ehlers, Herrn Walpurgis** und **Herrn Baruschke** diskutiert worden war, wurde über den Antrag auf namentliche Abstimmung abgestimmt.

Dieser Geschäftsordnungsantrag erreichte mit **14 Ja-Stimmen** die erforderliche Mehrheit von mindestens 1/3 der anwesenden Ratsmitglieder.

Frau Mandt bat daraufhin um eine **Sitzungsunterbrechung** für eine Besprechung.

Diesem Antrag wurde bei 33 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 3 Enthaltungen **mehrheitlich zugestimmt** und die Sitzung **von 19:35 Uhr bis 19:40 Uhr** unterbrochen.

Nach Wiedereintritt in die Tagesordnung erfolgte die namentliche Abstimmung mit dem folgenden **Ergebnis**:

1. Bakir-Block, Nurhayat		26. Reinhard, Darwin	nein
2. Baruschke, Manuel	ja	27. Sanchez Mengeler, Anja	ja
3. Becker, Stefan	nein	28. Schaar, Miguel	nein
4. von den Berg, Michael	nein	29. Schön, Detlef	ja
5. Berner, Ulf		30. Schoolmann, Sven	nein
6. Block, Volker	ja	31. Schröder, Gabriele	ja
7. Bosse, Heidi	nein	32. Schulte, Dr. Günther	nein
8. Brandt, Norbert Peter	ja	33. Seyffer, Christiane	
9. Bulla, Markus	ja	34. Stoermer, Kristian	ja
10. Burkhart, Martin	nein	35. Stoffers, Jens	nein
11. Ehlers, Martin	nein	36. Stomberg, Petra	nein
12. Feist, Carsten	nein	37. Stump, Detlef	nein
13. Fischer, Olaf		38. Suberg, Thomas	nein
14. Hager, Marvin	ja	39. Tönjes, Andreas	ja
15. Heide, Christina	ja	40. Walpurgis, Frank Uwe	ja
16. Heinemann, Uwe	nein	41. Walzner, Horst Dieter	nein
17. Kastrioti, Torsten		42. Weinstock, Helga	Enthaltung
18. Kempcke, Susanne	ja	43. Weithöner, Prof. Dr. Uwe	
19. Kiesewetter, Michael		44. Werner, Olaf	
20. Kirstges, Dr. Angela	ja	45. Zaage, Astrid	nein
21. Kloster, Antje	nein		
22. Mandt, Anja	nein		
23. Marxfeld, Gesche	ja		
24. Moriße, Thorsten Paul	nein		
25. Reese, Uwe	ja		

Beschluss: mehrheitlich **abgelehnt**
(16 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung)

Der Rat beschließt:

Die Gesellschafterversammlung wird angewiesen, den für das Klinikum Wilhelmshaven gGmbH von der Interimsgeschäftsführung erarbeiteten Sanierungsentwurf sowie die endgültige Festlegung des geplanten Klinikneubaus, dem Rat zur Durchsicht und Entscheidung über dessen Umsetzung vorzulegen.

11 Anfragen

Oberbürgermeister Feist erklärte, eine Beantwortung sei aufgrund der Erkrankung des Ersten Stadtrates nicht möglich.

Herr Moriße zeigte sich erbost über das Vorgehen und kündigte eine Beschwerde an. Seiner Meinung nach sollen die Antworten absichtlich nicht in öffentlicher Sitzung bekannt gegeben werden.

Oberbürgermeister Feist wies die von Herrn Moriße in seinem Wortbeitrag gebrauchten Begriffe „vorsätzlich“, „Taktik“ und „unverschämt“ zurück. Diese Wortwahl werde weder dem Ersten Stadtrat, noch der in die Beantwortung investierten Arbeit gerecht.

Er biete an, den Ratsmitgliedern die Antworten nach der Rückkehr von Herrn Schönfelder vorab schriftlich zukommen und außerdem in der nächsten Ratssitzung noch einmal mündlich beantworten zu lassen.

12 Einwohnerfragestunde II

(Fragen zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Ratssitzung gem. § 20 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates)

Frau Vivien Jehnrich bat zu **Tagesordnungspunkt 9.1.1** um Auskunft, wie und wonach eine Stadt ausgesucht werde.

Oberbürgermeister Feist erklärte, es würden Vorschläge gesammelt und dem Rat zur Entscheidung vorgelegt.

Frau Jehnrich fragte weiter, ob es nicht möglich sei, auch die Flüchtlinge vor Ort mit einzubeziehen.

Oberbürgermeister Feist sagte zu, den heutigen Ratsbeschluss in die entsprechenden Netzwerke zu geben.

Frau Jehnrich nahm weiterhin Bezug auf **Tagesordnungspunkt 9.2.1** und bemängelte, dass zum Beispiel der Verein „Südbar“ nicht eingeladen worden sei.

Oberbürgermeister Feist führte dazu aus, dass die Zusammensetzung des

Beirates vom Rat festgelegt worden sei; gleichzeitig könnten aber nicht alle Vereine im Beirat vertreten sein. Darüber hinaus tate der Beirat öffentlich, so dass jeder Interessierte an den Sitzungen teilnehmen und sich einbringen könne.

Frau Jehnrich erkundigte sich, ob die Information über die drei freien Plätze aus der Einwohnerschaft nicht über Radio Jade veröffentlicht werden könne.

Oberbürgermeister Feist erklärte, dies werde über die Pressesprecherin veranlasst, indem die die Medien informiert würden und die Stadt dies über ihre eigenen Kanäle verbreite.

Nachdem keine weiteren Fragen mehr vorlagen, wurde die Einwohnerfragestunde geschlossen.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung: 21:02 Uhr

gez.

gez.

gez.

Becker
Ratsvorsitzender

Feist
Oberbürgermeister

Rogel
Protokollführerin